

Deine Mudda... wird unterversorgt!

Seit Wochen sind die Unikliniken in Düsseldorf und in Essen im Streik. Ungefähr 800 Kolleg_innen beteiligen sich täglich an den Streiks, was zum Ausfall unzähliger OPs führte. Die Kolleg_innen, allen voran Krankenpfleger_innen, fordern eine Mindestbesetzung, d.h. eine festgeschriebene Zahl, wie viele Patient_innen von einer Krankenpfleger_in betreut werden dürfen. Und nicht nur im Ruhrgebiet, sondern landesweit sind die Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern durch die Ökonomisierung des Gesundheitswesens eine Gefährdung für Patient_innen und Angestellte geworden.

Lange Zeit wurden Krankenhäuser zu profitorientierten „Gesundheitsfabriken“ umgebaut. Durch (Teil-) Privatisierungen, Fallpauschalen, eine Zunahme (auch unnötiger) OPs und Einsparungen beim Personal sollten Kliniken Gewinne abwerfen. Private Krankenhausbetreiber kauften Häuser auf und „optimierten“ die Profite z.B. durch Konzentration auf „lohnende Erkrankungen“. Aber auch in den landeseigenen Kliniken wie der Berliner Charité oder den Unikliniken Düsseldorf und Essen wussten die Vorstände und kaufmännischen Leitungen gut genug, Geld zu machen z.B. wurde an Personal gespart oder Bereiche wie Küche, Sterilisation oder Reinigung ausgegliedert (natürlich ohne Tarifvertrag!). Als Konsequenz stieg die Arbeitshetze in einem Maße, dass die Dienste, ob von Pfleger_innen oder Reinigungskräften, oft nicht mehr vernünftig gemacht werden konnten. Dieser strukturelle Umbau des Gesundheitssektors wurde lange Zeit von den Beschäftigten ohne Kämpfe hingenommen, aus Rücksicht auf die Patient_innen. Doch die steigende Arbeitsbelastung gekoppelt mit schlechter Bezahlung führte zu einem erheblichen und durchaus gewollten Personalmangel in den Krankenhäusern, welches mittlerweile ein Ausmaß erreicht hat, dass sowohl die Gesundheit der Beschäftigten als auch der Patient_innen und Patienten gefährdet wird. Laut der Gewerkschaft ver.di fehlen in deutschen Krankenhäusern 162.000 Beschäftigte, davon rund 70.000 in der Pflege. Spahns Pläne, nur für bestimmte Bereiche (ITS, Kardio, Geriatrie, Unfallchirurgie) eine Personaluntergrenze festzuschreiben, wird dazu führen, dass andere Stationen mit noch weniger Personal arbeiten müssen. Denn sie wollen weiter sparen und einfach Personal aus Stationen ohne Mindestbesetzung versetzen. Mittelfristig ist zu erwarten, dass Patient_innen mit längeren Wartezeiten vor geplanten OPs und Prozeduren im Krankenhaus rechnen müssen.

„Grausame Streiks“ – für wen?

Der Vorstand der Düsseldorfer Uniklinik sprach von einem „grausamen Streik“. „Grausam“ ist der Streik für die Geschäftsleitung allemal, da sie Gewinne auf Kosten unserer Gesundheit machen und daran so schnell auch nichts ändern wollen. Für die Beschäftigten im Krankenhaus und für die Patient_innen ist dieser

Kampf jedoch notwendig, um etwas an den miserablen Bedingungen zu ändern – nicht nur in Düsseldorf.

Ein langer Kampf

Seit Jahren gibt es bundesweit in verschiedenen Krankenhäusern Streiks und Proteste für mehr Personal. An der Berliner Charité hat dieser Kampf 2014 angefangen. Mittlerweile gibt es einen Tarifvertrag, der die Mindestbesetzung regelt – ein erster Erfolg. Allerdings wird dieser nicht wirklich umgesetzt. Eine Überprüfung der Wirksamkeit der Inhalte ist kaum möglich. Er kämpft wurde dieser Tarifvertrag, weil die Beschäftigten Druck aufgebaut und gestreikt haben. Des Weiteren gibt es Volksbegehren für mehr Personal, die eine Festsetzung von Personal-Patienten-Schlüssel fordern. In Berlin und Hamburg wurden diese bereits begonnen, ein weiteres startet gerade in Bayern. Diese Volksbegehren zeigen das Interesse der Bevölkerung an einer besseren Gesundheitsversorgung. Doch solche Volksbegehren wenden sich auch an die Politiker, die die Misere an den Krankenhäusern erst durch ihre Gesetze mit geschaffen haben. Volksbegehren allein werden die Situation nicht verändern.



Für ein Gesundheitssystem im Interesse der Beschäftigten und der Patient_innen.

Damit Prinzessin Sparlogik und König Sachzwang ein Ende haben, brauchen wir ein Gesundheitssystem, welches nicht den Profitinteressen Einzelner dient, sondern sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Um dies durchzusetzen müssen wir das tun, was die Chefs als grausam bezeichnen – gemeinsam bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung erkämpfen – egal ob als Patient_in oder Beschäftigte!

Von Kolleg_innen für Kolleg_innen...

180-Punkte-Programm

Bei uns traut sich die Geschäftsführung nicht mehr, mit sowas zu posen. Aber sie haben bei den Fahrgästen versucht, ihre Fake News unterzubringen.... und sind abgeblitzt.

Man weiß nicht, ob sie selbst noch an ihre „großartigen“ Ideen glauben oder allen Ernstes denken, andere würden dran glauben. Oder steckt da eine Art Verschwörung gegen uns Bahner dahinter, nach dem Motto: wenn es schiefgeht, kanns ja nur an den Bahnern gelegen haben?! Oder alles Planlosigkeit? Man weeeißet nicht.

Aber was wir wissen, ist, dass bei den Arbeitsbedingungen bei uns ganz echt die Daumenschrauben weiter angedreht werden. Das ist jedenfalls nicht planlos, sondern hat System.

10 Sekunden-Offensive

Unter den 180 Punkten des S-Bahn-Rettungsprogramms gibt es Sinnvolles: Neben Weichen instandsetzen... hui... die automatische Türöffnung an einigen Stationen! Wir müssen dafür zwar mehr Aufmerksamkeit aufbringen, aber dafür kommt nach ein paar Runden doch echt was an Ersparnis zusammen, vielleicht sogar mehr als eine ganze Minute.

Wenn das der große Wurf ist, dann ist es ganz schön schlimm...

Urlaubsvorfreude jetzt noch länger

Dieses Jahr sollen wir noch früher bei der S-Bahn Urlaub beantragen. Die Geschäftsführung hatte ursprünglich vor, unseren Urlaub nur noch in Schichten zu genehmigen. Das hat nicht geklappt, aber ist es jetzt gerecht? Wenigstens gerechter?

Alle wünschen sich mehr Möglichkeiten für Urlaub, aber solange die Bahn die Hand auf der Personalplanung hat und Leute fehlen, kann es nicht wirklich gerecht sein.

Dabei ist Urlaub doch das Schönste an der Arbeit!

Wie geht's dem Markt denn heute so?

Im Frühjahr hatte der Senat die „Markterkundung“ für die nächsten Teilnetze gestartet. Zum Ende des Sommers sollte es einen Bericht geben und die zweite Stufe gezündet werden. Und was macht die Erkundung so? Man hört, die Abenteurer in der Politik haben viel Streit, wer denn den Ton angeben darf (also welche der verschiedenen Optionen zur Aufspaltung der S-Bahn kommen soll und welche Unternehmen auf unsere Kosten auf dicke Gewinne hoffen dürfen). Nur um eines sorgen sie sich bei all dem Hickhack nicht: um uns.

Egal wer künftig die S-Bahn und die Werkstätten betreiben wird, wir müssen zusammenstehen und unsere Forderungen für unsere Arbeitsbedingungen klar machen!

Kein ruhiger Herbst

Tarifverhandlungen stehen an. Von den letzten Runden ist noch einiges offen, z.B. weniger Arbeitszeit, kürzere Schichten und mehr Lohn...

Was eigentlich nicht passieren kann

Letztens gab es ein technisches Problem mit der Schranke Buckower Chaussee.

Wenn der Druck auf alle Beschäftigten hoch ist, den Zugbetrieb unbedingt schnell weiter zu führen, dann passieren Fehler... und die neue Technik hilft nicht immer.

Da hilft kein Betteln und Fleh'n

Erst flatterten die Briefe in unsere Briefkästen, wir sollten doch Bitte, Bitte die Pläne wechseln. Und weil das nicht gut funktionierte, schickte die Geschäftsführung Leute los, die uns belatschern sollen. Trotzdem sagt kaum einer „ja“, warum auch?

Vorsicht, Rechenkünstler

Bei Regio heißt das „Sofortprogramm“: fehlende Personale einfach wegrechnen. Auf dem Papier sieht dann der P-Bestand ganz „ausgeglichen“ aus. Dass die Rechnung nicht stimmt, ist allzu offensichtlich.

Ökologische Brandstifter

Ein extrem heißer Sommer hat zu Waldbränden in Brandenburg geführt, wie man sie lang nicht erleben musste. Alle Wissenschaftler sind sich einig, dass es der vom Mensch verursachte Klimawandel ist, der global zu einer Zunahme solcher Wetterextreme führt. Deshalb müsste schnell und entschieden gehandelt werden, zum Beispiel mit dem Kohleausstieg. Doch in der Regierungskommission sitzt die Kohleindustrie am Tisch und für deren Profite soll weiter Kohle gefördert werden. Während in Brandenburg versucht wird, brennende Wälder zu retten, wird in NRW Polizei eingesetzt, um den Hambacher Forst abzuholzen, damit der Braunkohletagebau weiterlaufen und den Klimawandel weiter befeuern kann. Kapitalismus verträgt sich eben nicht mit dem Schutz unserer (Um-)Welt!

Politische Brandstifter

Nach den rechtsradikalen Ausschreitungen und rassistischen Hetzjagden in Chemnitz reden alle Politiker_innen (außer der AfD, die das auch noch gut findet) von Betroffenheit und das so etwas nicht passieren dürfe. Dabei schaffen sie selber mit Diskussionen über "Obergrenzen" und Abschiebezentren genau die fremdenfeindliche Stimmung, die nun umschlägt in offen auf die Straße getragenen Rassismus.

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter...

flugblatt_bahn@gmx.de || www.sozialismus.click || facebook: RSO Deutschland